

Die soziale Ungleichheit wächst und die Armut auch –

Warum soziale Ungleichheit und Armut nicht zu trennen sind

„Ist doch alles gar nicht so schlimm“, so die einhellige Botschaft der Kommentatoren in den konservativ-liberalen Blättern von FAZ über Welt bis Zeit, nachdem der Paritätische im Februar seinen diesjährigen Armutsbericht vorgestellt hatte, absolut kein Grund zur Panik. Nun gut, die Armutsquote von 15,5 Prozent war ebenso wenig zu widerlegen, wie die Tatsache, dass es sich damit um einen traurigen Rekordwert seit der Vereinigung Deutschlands handelte. Kaum zu widerlegen auch die Aussagen des Berichts, wonach die Quote für Alleinerziehende mittlerweile auf 43 Prozent gestiegen ist und auch bei kinderreichen Paarhaushalten bereits bei über 24 Prozent liegt. Nicht zu widerlegen die Armutsquote von 58,7 Prozent bei den Erwerbslosen oder von 9,2 Prozent bei Kindern und Jugendlichen. Aber alles gar nicht so schlimm, so musste man die Kommentatoren von FAZ bis focus-online verstehen. Der Paritätische dramatisiere nur und skandalisiere, wo doch gar kein Skandal ist. Denn eigentlich gehe es bei all diesen Menschen doch gar nicht um Armut. Der EU-Terminologie folgend könnte bestenfalls von einem gewissen Armutsrisiko gesprochen werden. Gezählt werden bei diesen Armutsquoten immerhin (fast) alle, deren Einkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland liegt. Um Ungleichheit gehe es daher, aber doch nicht um Armut. Natürlich gebe es da ein paar Probleme, ist das eine oder andere zu tun. Aber massenhaft Armut? Nie und nimmer! Arm seien Bettler, Obdachlose oder Pfandflaschensammler, durften wir lesen, aber doch nicht Singles mit 892 Euro Monatseinkommen oder eine vier-köpfige Familie mit 1873 Euro. Das nämlich sind die Beträge, die die Armutsschwelle markieren. Also: Alles nicht so schlimm? Keine Armut? Nur eine gewisse Armutsnähe, ein gewisses Armutsrisiko? Ungleichheit halt, wie sie für unsere Gesellschaft nun einmal typisch ist?

Wenn es denn nur so einfach wäre mit der Ungleichheit und der Armut. Wenn wir doch nur zustimmen könnten. Wenn wachsende Ungleichheit und Armut wirklich nichts miteinander zu tun hätten. Wir würden über die Höhe von Hartz-IV-Regelsätzen streiten, über Bildungsprogramme für benachteiligte Kinder oder Programme für langzeitarbeitslose Menschen, über die besten Methoden sozialer Arbeit und über ihre Finanzierung. Immer in der guten Gewissheit: Alles in allem ist doch alles halb so schlimm. Alles in allem haben wir die Sache doch im Griff mit diesem Sozialstaat.

Selbst wenn der Wohlstand in Deutschland explodieren würde, so versuchten die Abwiegler zu beruhigen, und wenn alle plötzlich 100 mal mehr Einkommen hätten, würde nach dem Konzept der

relativen Einkommensarmut bei gleichbleibender Ungleichheit die Armutsquote einfach mitwachsen. Denn mit steigendem Wohlstand steige ja auch die Armutsschwelle. Mit Armut könne dieses Konzept also gar nichts zu tun haben.

Wirklich nicht? Wenn ich als arm in der Tat nur jene ansehen will, denen das Lebensnotwendige fehlt, das Obdach, genügend Geld für Ernährung oder die notwendige gesundheitliche Versorgung. Wenn ich nur jene als arm gelten lasse, die über lange Jahre in Armut leben, weil kurzfristige Armut verkraftbar erscheint und nicht zählt. Wenn ich bestenfalls noch die Kinder mitzähle, denen es an guter Bildung mangelt. Wenn ich davon ausgehe, dass mit Hartz-IV und Altersgrundsicherung im Großen und Ganzen Einkommensarmut bekämpft ist. Dann haben Ungleichheit und Armut in der Tat erst einmal kaum etwas miteinander zu tun. Dann in der Tat können wir uns armutspolitisch auf einige gezielte kompensatorische Programme zur Förderung individueller Chancen bestimmter Kinder, Alleinerziehender, Menschen mit Behinderung oder solchen ohne hinreichende Bildungsabschlüsse beschränken. Dann bräuchten wir auch keine Verteilungsdiskussionen führen und uns gelegentlich als Sozialneider und schlimmeres beschimpfen lassen.

Doch wäre das ein Rückfall auf eine Sichtweise von Armut, die wir seit Mitte der achtziger in aufgeklärten und wohlwollenden Kreisen eigentlich überwunden geglaubt hatten. Armut, so der Anfang der 1980er Jahre nach jahrelanger Diskussion in Europa gefasste Konsens, beginnt nicht erst bei existenzieller Not oder extremer, ganz offenkundiger und nicht mehr übersehbarer Ausgrenzung. Arm waren danach vielmehr alle, die über so wenig verfügten, „dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“

Die relative Armutsdefinition speist Menschen nicht mit dem Notdürftigsten ab, sondern meint echte Teilhabe. Armut nicht erst dann, wenn sie auf unseren Straßen offenkundig wird, sondern bereits dann, wenn Menschen einfach nicht mehr mithalten können bei ständig steigenden Lebensstandards. Soziale Ungleichheit, so die Einsicht, führt per se zum Ausschluss und Ausschluss ist Armut. Das Konzept relativer Einkommensarmut beinhaltet deshalb noch kein Postulat der Gleichmacherei um der Gleichheit willen. Wohl aber geht es darum, der sozialen Ungleichheit Grenzen zu setzen und im Zweifelsfalle die Gesellschaft wieder so weit zusammenzuführen, dass sie keinen zurücklässt.

Das Konzept relativer Einkommensarmut trägt konsequent der Tatsache Rechnung, dass sich mit allgemein steigendem Einkommen und Wohlstand Lebensstile, Gewohnheiten und Formen des gesellschaftlichen Miteinanders ändern, dass Ansprüche steigen und mit ihnen auch mögliche Hürden der Teilhabe, und dass solche Veränderungsprozesse in einer Gesellschaft außerordentlich rasch ablaufen. Deutschland wird reicher und reicher und zwar ziemlich schnell. Und genauso schnell ändern sich gesellschaftliche Formen und Bedingungen von Teilhabe und Ausgrenzung. Wurde vorgestern noch in der Schule ein Taschenrechner benötigt, war es gestern der PC und ist es heute der Laptop samt Internetanschluss. Rief man sich vorgestern noch von der Telefonzelle aus an, war es gestern das Handy und telefoniert man heute gar nicht mehr, sondern muss Smartphone und Internet nutzen, um mit seiner „Community“ zu kommunizieren. Traf man sich früher im Park, trifft

man sich heute bei Facebook. War das bewunderte Pop- oder Rockidol gestern noch für relativ kleines Geld in kleiner Show zu sehen, sind es heute gewaltige Bühnenshows mit über 100 Euro Eintritt. Badete man gestern noch im schlichten kommunalen Schwimmbad, ist es heute das private Spaßbad. War es gestern noch die Klassenfahrt in die preiswerte Jugendherberge oder das Schullandheim, geht es heute in den Skiurlaub oder auf den europaweiten Städtetrip. Sämtliche Lebensbereiche unterliegen einem ständigem Wohlstandswandel, der in Technik und Kultur, vor allem aber in den Kosten seinen Ausdruck findet.

Das Konzept der relativen Einkommensarmut berücksichtigt weiterhin, dass bei aller öffentlicher Infrastruktur Geld der entscheidende Schlüssel für die Befriedigung der existenziellen Grundbedürfnisse und der Möglichkeiten sozialer und kultureller Teilhabe ist, nicht Tafeln, nicht Kleiderkammern, kein Gemüseanbau und auch keine Teilhabegutscheine a la von der Leyen!

Dies gilt umso mehr dort, wo städtische Schwimmbäder privaten Saunalandschaften weichen, wo vielerorts Bibliotheken ebenso geschlossen werden wie Theater oder andere öffentliche Kultureinrichtungen und wo Jugendzentren, Stadtranderholung oder Gesundheitsberatung dem kommunalen Rotstift zum Opfer fallen, wird der eigene Geldbeutel immer wichtiger. Oder wenn der private Nachhilfeunterricht in der Oberstufe unserer Gymnasien bereits zum Regelfall wird, wenn die Brille selbst zu zahlen ist und politisch überhaupt kein Hehl mehr daraus gemacht wird, dass für die allermeisten die Rente allein im Alter ohnehin nicht mehr vor Armut schützen wird, dann kommt es mehr und mehr auf das private Einkommen und private Vorsorge an. Je weiter öffentliche Daseinsvorsorge heruntergefahren wird, vom ermäßigten öffentlichen Personennahverkehr über das Stadttheater bis zum Rentenniveau, umso höher die Relevanz des Einkommens. Wir können über Ressourcen diskutieren und über Chancen, wenn wir von Armut sprechen, wir können über Partizipation oder subjektiven Befindlichkeiten reden. So wie unsere Gesellschaft jedoch gestrickt ist, läuft es am Ende fast immer aufs Geld hinaus – auf Geld, das man hat oder eben nicht. Geld bestimmt entscheidend den Bewegungsraum in dieser Gesellschaft, Geld bestimmt Zugänge, Geld bestimmt nach wie vor in ganz erheblichem Maße Bildungschancen.

Das Konzept relativer Einkommensarmut kommt auf den ersten Blick sehr technisch, sehr statistisch, sehr mathematisch daher. Doch das täuscht. Um es wirklich zu begreifen und seine Relevanz beurteilen zu können, bedarf es eines gehörigen Maßes an Lebenserfahrung – und zwar in unterschiedlichen Milieus. Es bedarf sozialer Kompetenz, Sensibilität und Empathie. Die Prozesse der Ausgrenzung mit all ihren individuellen psychischen Belastungen für die betroffenen Menschen sind subtil, verdeckt und gar nicht immer so leicht zu erkennen. Es ist gerade nicht nur der Bettler vor dem Bankgebäude oder der Flaschensammler auf der Einkaufsstraße. Es sind beispielsweise auch die Kinder, die angeblich immer dann krank werden, wenn der Kindergartenausflug stattfindet und der Theaterbesuch mit der Schulklasse, die Kinder, die auch nicht mitgehen können, wenn die anderen zum Bowling gehen oder ins Kino. Es sind die Erwachsenen, die nicht zugeben wollen, wenn sie ihren Job verloren haben oder so wenig verdienen, dass es einfach nicht reicht, und die dann wegbleiben vom Kegelabend, vom Fitnessclub oder von ihrem Stammplatz im Fußballstadion. Ob Klein oder Groß, man ist einfach nicht dabei – mit all dem Frust und Leid, das es auslöst, und mit all dem Stress,

den es macht, wenn man nie genau weiß, wie man über den teuren Monat kommen soll, und sich dauernd alles versagen muss.

Relative Armut ist meist verschämt. Sie zeigt sich nicht offensiv. Es ist häufig eine subtile, verdeckte Armut, die trotzdem einfach krank macht. Es bedarf schon sehr offener Augen und eines sehr wachen Blickes, um mit einem solchen Armutsbegriff etwas anfangen zu können. Es bedarf im wahrsten Sinne des Wortes der Mitmenschlichkeit.

Weniger als 892 Euro für einen Single, weniger als 1873 Euro für eine vierköpfige Familie: Viel ist es nie. Je nach Region und dem dortigen Mietniveau ist es sogar weniger als das kümmerliche Hartz-IV.

Doch bleibt es immer eine willkürliche, eine letztlich normative und auch subjektive Entscheidung, ab welchem Maß von sozialer Ungleichheit, ich von Armut, Armutsrisiko oder auch nur ganz allgemein von Ungleichheit sprechen will. Es gibt nun einmal keinen wissenschaftlich-archimedischen Punkt, von dem aus Armut objektiv zu definieren wäre.

Wer kein Problem damit hat, wenn er sich im Supermarkt an der Fleischtheke, ohne auf den Preis achten zu müssen, teure Steaks einpacken lässt, während zehn Meter weiter eine alte Frau die billigsten Nudeln und zwei Eier in ihren Einkaufswagen packt, weil es für mehr nicht reicht, der wird kaum von Armut sprechen, wird sie gar nicht sehen können. Wer es für völlig in Ordnung hält, wenn er regelmäßig ins Kino geht oder teure Konzerte besucht, wenn er gern und häufig Freunde einlädt, zwei- bis dreimal im Jahr Urlaub macht und ansonsten Wert auf gediegene Markenware legt, während die Familie in der Nachbarschaft sich nicht einmal einen Zoobesuch leisten und ins Theater nur mal gehen kann, wenn die Oma „zuschießt“, wenn das Kind aus dem Sportverein abgemeldet wurde und der Vater ohnehin nicht mehr zum Kegelabend geht, weil es nicht mal mehr für das eigene Bier reicht, geschweige denn für die gelegentliche Runde – wer all das in Ordnung findet, weil „ja alle irgendwie klarkommen“, wer so gelassen mit sozialer Ungleichheit umgehen kann, der kennt einfach keine Armut und wird sie auch niemals erkennen können.

Und selbst, wenn er sie sehen sollte: er wird sie als Armut nur akzeptieren können, wenn er zugleich bereit ist, zu teilen. Es gilt nach wie vor, was die Sozialwissenschaftlerin Marie-Luise Stiefel bereits vor fast 30 Jahren in den Blättern der Wohlfahrtspflege (Heft 9/1986 S. 251) zu der unschönen und deshalb selten zugestandenen Wechselwirkung von Armutsdefinition und der Bereitschaft zu Teilen festhielt: „Je nachdem, wie viel oder wie wenig wir bereit sind, vom insgesamt erwirtschaftetem Wohlstand für die Verhinderung und Behebung von Notlagen in der Bevölkerung abzuzweigen, werden wir bei der inhaltlichen Festlegung des Begriffes Armut die Grenzen weiter oder enger abstecken.“

Armut kann letztlich immer nur das sein, worauf wir uns verständigen, was sie ist. Bei aller intellektuellen Annäherung an Rechen- und Statistikmodelle. Es ist die emotionale Komponente, die die Verständigung letztlich so schwierig macht. Ich muss Statistik auf Alltag herunterbrechen. Und um zu dem Schluss zu gelangen, dass es sich in einer ganz konkreten, alltäglichen Situation um Armut handeln könnte, reicht es nicht aus, sie lediglich intellektuell zur Kenntnis zu nehmen und zu reflektieren. Es braucht eine subjektive, emotionale Berührung. Dabei geht es nicht um Mitleid, da es

gar nicht um Leid im eigentlichen Sinne gehen muss. Es kann Empörung sein, es kann Trauer sein, Zorn, Wut oder Resignation; doch bedarf es irgendeiner emotionalen Regung. Ohne Emotion ist die Verständigung auf einen tragfähigen Konsens zum diffusen Problem der Armut als Grundlage eines gemeinsamen Handelns schwer möglich. Wer nicht traurig werden kann angesichts von Elend und Ausgrenzung, wer sich nicht empören und aufregen kann, dem ist zumindest die Fähigkeit der Scham zu wünschen. Denn falsch war es nicht, was der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem ersten Armutsbericht schon vor über fünfundzwanzig Jahren festhielt: „Es geht um unsere Schamgrenze angesichts gravierender Disparitäten in den Lebensverhältnissen. Es geht um unsere Schamgrenze angesichts höchst ungleicher Chancen zu einem menschenwürdigen Dasein und individueller Selbstverwirklichung. Was wir in diesem Zusammenhang nicht hinzunehmen bereit sind, und wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land, ist letztlich Armut.“ (Blätter der Wohlfahrtspflege Heft 11/12 1989 S. 342)

Autor: *Dr. Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.*

Kontakt: pr@paritaet.org

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de